

Entwurf

Gemeinsame Erklärung des Kreistags des Landkreises Marburg-Biedenkopf zur Kreistagssitzung am 16.11.2023

Wir sind erschüttert von dem Terror der Hamas in Israel. Unser tiefes Mitgefühl gilt den an Leib und Seele verwundeten Israelis den als Geiseln genommenen Menschen, den auf brutale Weise Ermordeten und ihren Angehörigen. Wir sind ebenso betroffen von dem Leid der Zivilbevölkerung in Gaza, die schon lange unter der Herrschaft der Hamas leidet und um ihre Opfer trauert. Wir gedenken aller Menschen, ob in Israel oder in Gaza, die stets in Angst um ihr Leben und das ihrer Freundinnen und Freunde sowie ihrer Familien bangen müssen, die keine absehbare Perspektive auf eine Existenz in Frieden und Sicherheit haben.

Wir stehen an der Seite von Israel und respektieren das Recht des israelischen Staates auf Verteidigung seiner Bevölkerung. Wir verurteilen die immer neuen und nicht enden wollenden kriegesischen Angriffe der Hamas auf Israel und die aktuellen Bedrohungen des Lebensrechtes des israelischen Volkes. Wir respektieren das Handeln der israelischen Regierung, das zum Ziel hat, die Terrororganisation der Hamas zu zerschlagen. Angesichts des durch die Hamas verursachten Leids der palästinensischen Zivilbevölkerung mahnen wir aber auch eindringlich den Schutz von Zivilpersonen und Einhaltung humanitärer Standards an.

Gemäß unserer politischen Verantwortung als Kreistag betrachten wir mit großer Besorgnis die gesellschaftlichen Veränderungen in unserem Land. Besonders seit dem 7. Oktober, dem Tag des unvorstellbar grausamen und menschenverachtenden terroristischen Überfalls der Hamas in Israel gegen die israelische Bevölkerung, erleben wir ein Anwachsen von aggressivem Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in unserem Land. Mit allen rechtlichen Mitteln müssen Antisemitismus und Rassismus in unserem Land bekämpft und Täterinnen und Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Es ist nicht zu tolerieren, wenn bei Demonstrationen und Kundgebungen der Terror der Hamas bejubelt und gleichzeitig gegen Jüdinnen und Juden gehetzt wird.

Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf hat sich immer wieder für Vielfalt, gegenseitigen Respekt sowie ein friedliches und solidarisches Zusammenleben ausgesprochen. Wir werden diese Werte weiterhin entschieden gegen Antisemitismus, Rassismus, Hass, Hetze und Gewalt verteidigen.

Vor genau einer Woche haben wir an die Reichspogromnacht 1938 erinnert. Jüdinnen und Juden wurden von ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gedemütigt, beraubt, misshandelt und ermordet, ihre Synagogen, ihre Bet- und Gemeindehäuser zerstört. Der 9. November 1938 war der Beginn des Versuchs, die jüdische Bevölkerung in Europa zu vernichten. 85 Jahre später ermordet eine Terrororganisation, die als erklärtes Ziel die Vernichtung des Staates Israel hat, auf grausame Weise mehr als 1.400 Menschen jüdischen Glaubens, an dem Ort,

Entwurf

an dem Jüdinnen und Juden nach dem Schrecken des Nationalsozialismus im Frieden gemeinsam leben wollen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Jüdinnen und Juden sich auch in unserem Landkreis nicht mehr sicher fühlen. Als Land der Täter und Täterinnen tragen wir eine herausgehobene Verantwortung, uns entschieden an die Seite der Jüdinnen und Juden zu stellen, für deren Sicherheit einzutreten und das schleichende und immer offensichtlicher werdende Gift des Antisemitismus zu benennen und zu bekämpfen. Wir bekräftigen daher unser Versprechen des „Nie wieder!“ und treten ohne Unterlass für die bedingungslose Achtung der Würde unserer jüdischen Mitmenschen ein.

Vergessen dürfen wir auch nicht das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen, die Geisel der Hamas war und ist. Auch in unserem Landkreis gibt es Mitmenschen palästinensischer Herkunft, die in den letzten Wochen Familienangehörige oder Freundinnen und Freunde verloren haben. Auch Ihnen gehört unser Mitgefühl. Und wir widersprechen all denen, die die Taten der Hamas missbrauchen, um gegen Menschen muslimischen Glaubens oder internationaler Geschichte zu hetzen.

Nicht zuletzt appellieren wir als Kreistag an alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis gemeinsam für ein gelingendes, friedliches Zusammenleben aller Menschen einzutreten, dafür zu handeln und mutig gemeinsame Wege zu beschreiten.